

I. Anmeldung

TOP: _____

Stadtrat

Sitzungsdatum 11.04.2018

öffentlich

Betreff:

Entwicklung der Armutsgefährdung in Nürnberg

Hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 21.12.2017

Anlagen:

Sachverhalt

Bericht zur Entwicklung der Armutsgefährdung in Nürnberg

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
Sozialausschuss	26.04.2013	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Nürnberg gilt in einschlägigen Studien und der öffentlichen Berichterstattung regelmäßig als eine der Großstädte mit der höchsten Armutsgefährdung in Deutschland. Das zu Grunde liegende Konzept der Armutsgefährdungsquote wird gerade mit Blick auf kommunale Nutzungsmöglichkeiten kritisch diskutiert und eingeordnet. Für eine Steuerung auf kommunaler Ebene erscheint - so die Literatur - der Rückgriff auf Daten zum Transferleistungsbezug geeigneter. Die Armutsgefährdungsquote misst nicht "Armut", sondern Einkommensungleichheit.

Einem Anstieg der Einkommensarmutsgefährdung in Nürnberg stehen im großstädtischen Vergleich positive Entwicklungen von Transferleistungsdichten, Arbeitslosenquoten und Beschäftigungsquoten gegenüber. Die Einkommensentwicklung in Nürnberg rangiert dagegen im Mittelfeld der Großstädte mit einer unterdurchschnittlichen Zunahme in den letzten Jahren. Hier zeichnet sich ab, dass auf dem Nürnberger Arbeitsmarkt möglicherweise geringere Löhne und Gehälter als in anderen Großstädten erzielt werden.

Bei der Bekämpfung zentraler Ursachenkomplexen für Armutslagen hat die kommunale Ebene nur wenige Handlungsspielräume, anders als bei der Bekämpfung von Teilhabe-Benachteiligungen in zentralen Lebenslage-Dimensionen. Hier passiert in Nürnberg bereits sehr viel und weitere Schritte - wie etwa eine Weiterentwicklung des Arbeitsprogramms gegen Kinderarmut - stehen aktuell an.

Bezug zum Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik: Leitlinie 5: Armut bekämpfen, Chancen eröffnen

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Genderrelevanz ergibt sich durch besondere Betroffenheit von Familien und Alleinerziehenden-Haushalte. Alleinerziehende sind nicht nur, aber v. a. Frauen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

II. Herrn OBM

III. Ref. V

Nürnberg, 20.03.2018
Pröiß

(77216)